

- Minden

Stadt liefert Antworten zum Containerdorf Minderheide

Stefan Koch am 17.01.2017 um 20:00 Uhr



Friedrich Rodenberg, Peter Kienzle und Michael Jäcke stellen sich den Fragen der Bürger. MT-Fotos (2): Stefan Koch



Bezirksbeamter Dieter Kuhmann berichtete seine Erfahrungen. Rechts: Heiner Meyer (sitzend) und Hans-Jürgen Wolff. (© unknown)

Minden (mt). Wohin mit den 150 Flüchtlingen? Zur Beantwortung dieser Frage (das MT berichtete) hatten am Montag der Stadtverordnete Hans-Jürgen Wolff aus Minderheide sowie Ortsvorsteher Heiner Meyer eine begrenzte Zahl von Anwohnern der Großen Heide in die Kuhlenkampschule eingeladen. Mehrere Sitzreihen im Gemeinschaftsraum blieben fast leer.

Bürgermeister Michael Jäcke, der als erster Redner die 120 Bürger über die Zukunft mit Neuankömmlingen in der Nachbarschaft aufklärte, zog Bilanz. 1400 Menschen habe die Stadt Minden in den vergangenen anderthalb Jahren aufgenommen. Aufgrund des Wohnungsüberhangs aus den Zeiten der in Minden stationierten britischen Streitkräfte sei dies ein Leichtes gewesen. Für alle Betroffenen habe die Stadt eine Wohnung finden können.

i INFORMATION

Lesen Sie auch

[Kommentar zur Bürgerversammlung: Vertrauen untergraben](#)

„In der letzten Zeit sind die Angebote allerdings rapide zurückgegangen“, räumte der Bürgermeister ein. Natürlich sei die Stadt auch weiterhin mit Vermietern im Gespräch und rege bei Wohnungsgesellschaften die Schaffung neuen Wohnraums an. Aber jetzt müsse mit Containern eine kurzfristige Lösung gefunden werden.



Das Reisegepäck steht vor der Tür und Flüchtlinge ziehen ein. Da Wohnraum immer knapper wird, soll nun in Minden ein Containerdorf entstehen. (© Foto: dpa)

Spätestens Anfang November sollen 36 bis 38 Wohneinheiten in Modulbauweise als kleines Dorf auf der Großen Heide entstehen, wo Flüchtlinge bis zu einer Dauer von drei Jahren leben sollen. Warum diese verwaltungsintern getroffene Entscheidung so dringlich ist, erklärte der Sozialbeigeordnete Peter Kienzle. Die neuen Auflagen vom November 2016, wonach Asylbewerber mit Bleiberecht den Wohnsitz in der ihnen zugewiesenen Gemeinde beibehalten müssten, führe dazu, dass die in Minden Untergebrachten dauerhaft blieben. Diese Dauer beträgt drei Jahre. Für 2017 sei zudem mit einer weiteren Zahl an Zuweisungen von 400 bis 500 Personen zu rechnen. Zudem seien noch nicht kalkulierbare Familiennachzüge zu berücksichtigen. Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt laufe aber dieser Entwicklung zuwider. „Es war für uns nicht

vorhersehbar, dass der Wohnungsbestand rapide abnimmt. Mehrere Hundert Plätze zur Unterbringung fehlen uns jetzt." Um zu vermeiden, dass Liegenschaften wie Sporthallen, Jugend- oder Dorfgemeinschaftshäuser zur Unterbringung herangezogen würden, habe sich die Stadt für die Containerlösung entschieden. Schon Anfang Dezember habe sich in Minden eine solche Alternative abgezeichnet.



Wie Kienzle weiter ausführte, sei mit dem Containerdorf keine Sammelunterkunft geplant. Jede Flüchtlingsfamilie werde eigenständig leben, wirtschaften und ihre Privatsphäre bewahren können. „Wir sind uns im klaren, dass wir den Betrieb der Unterkunft durch Sozialarbeit vor Ort begleiten müssen.“ Es werde einen Sicherheitsdienst auf dem Gelände auf der Großen Heide geben. Außerdem würden ehrenamtliche Kräfte in die Arbeit eingebunden.

Jörn Schunk, Leiter der Gebäudewirtschaft der Stadt Minden, äußerte sich zu der Liegenschaft für das Containerdorf, das sich nicht in Minderheide sondern bereits im Stadtbezirk Stemmer befindet und rund 13 000 Quadratmeter umfasst. Da es der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben gehöre, sei es für die Stadt kostenlos verfügbar gewesen. Es liege in einem Gewerbegebiet und sei erschlossen. Es gebe Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten vor Ort.

Zur weiteten Gestaltung des Containerdorfs sagte Schunk, dass die Gebäude zweigeschossig seien. Es gebe Wege und Parkplätze. Die einzelnen Räume seien für vier Personen ausgelegt und könnten als Schlaf- und Wohnzimmer eingerichtet werden. Es gebe Nasszellen, Küchen und Gemeinschaftsräume. In der Nachbarschaft befinde sich das Zentrallager.

Zum Begriff „Container“ merkte Schunk an, dass sich dieser auf ein genormtes Maß beziehe und keine Transporteinheit für Güter darstelle. „Es handelt sich um transportable Wohnungen in Modulbauweise.“

Auf Nachfrage erklärte Jäcke, dass auch andere Standorte auf Mindener Stadtgebiet geprüft worden seien. Unter anderem entfalle Gut Denkmal - zunächst sollte dort eine Sammelunterkunft entstehen - weil die Bundeswehr das Gelände brauche. Offen blieb die Frage, wie die Stadt mit einem gewerblichen Interessenten umgehe, der offenbar kürzlich Interesse am Standort Große Heide bekundet hatte. Laut Jäcke sei dies der Stadt nicht vor der Entscheidung für die Flüchtlingsunterkunft bekannt gewesen. Auf die Frage, mit welcher sozialen Struktur bei den zu erwartenden

Asylbewerbern zu rechnen sei, antwortete Kienzle, dass das derzeit unbekannt sei. Zu rechnen sei aber mit Familiennachzügen und Minderjährigen, die zu ihren Eltern wollten. Auf die Frage nach der Bodenbelastung der Großen Heide erklärte Schunk, dass eine Beprobung stattgefunden habe, deren Ergebnisse aber noch nicht vorlägen.


Einen weiten Raum in der Bürgerdiskussion nahm das Problem der Sicherheit - vor allem für Frauen - ein. Friedrich Rodenberg, Leiter der Polizeiwache Minden und zurzeit Leiter der Direktion Gefahrenabwehr und Einsatz, bezog sich auf die Erfahrung der Polizei im Zusammenhang mit Notunterkünften. „Wir haben kein Indiz, dass man sich in der Nähe einer Wohnanlage nicht frei bewegen kann.“ Die Flüchtlinge würden betreut und begleitet - zwar verändere sich durch sie das Stadtbild, aber es gebe keine Grund zur Angst.

Und Dieter Kuhmann, Bezirksbeamter in Bärenkämpfen, fügte hinzu, dass dort, wo die Schulkinder an einer mit Asylbewerbern belegten Wohnanlage vorbeigehen müssten, noch nie etwas vorgefallen sei.

Dennoch blieben viele Vorbehalte gegenüber den Angaben Jäckes. „Wir wollen Flüchtlinge einfach nicht haben“, war eine Reaktion - „warum tun Sie uns das an“, die andere. Ein weiterer Bürger beklagte, dass Flüchtlinge im Gebiet Große Heide bereits zwei Gebäude „zugemüllt“ hätten.

Andere Sorgen gingen dahin, dass sich die Betroffenen nicht integrieren würden, da sie keine Anerkennung als Asylbewerber besäßen und ihre Verweildauer ungewiss sei. Wie Kienzle deutlich machte, finde durch die Schulpflicht für Kinder, den Sprachunterricht für Erwachsene und den Zugang zum Arbeitsmarkt nach drei Monaten durchaus schon Integration statt.

Am Schluss der Veranstaltung appellierte Bürgermeister Michael Jäcke an alle Anwesenden: „Wir sind als Stadt Minden gesetzlich gefordert, Flüchtlinge unterzubringen. Lassen Sie sich darauf ein, mit diesen Menschen in Begegnung zu kommen.“

- 
- **Kommentar schreiben**
- Zurück

- - Facebook
 - Twitter
 - WhatsApp
 - LinkedIn
- **Einstellungen**

Keine ausgewählt

Schnelles Login

Oder anmelden mit



Abmelden

Copyright © Mindener Tageblatt 2017

Texte und Fotos von MT.de sind urheberrechtlich geschützt.
Weiterverwendung nur mit Genehmigung der Chefredaktion.

Kommentare

Ihr Benutzername

Ansicht1

Ihre E-Mail-Adresse

info@dera-medien.de

Kommentar

1500 Zeichen verfügbar

Mit dem Absenden des Kommentars erkennen Sie unsere [Nutzungsbedingungen für die Kommentarfunktion](#) an.

Bei Antworten benachrichtigen



Stefan Koch

Redaktion Lokales
[zum Profil](#)